

Antwort auf eine Frage

Frage:

Kürzlich haben westliche Medien Spekulationen einiger Presseunternehmen veröffentlicht, dass die schlimmsten Phasen der Finanzkrise vorbei seien und die Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung in den Ökonomien einiger westlicher Staaten aufzutreten beginnen. Dies seien die ersten Früchte der unternommenen Bemühungen. Die Medienberichte erwähnten auch Meinungen von Wirtschaftsfachleuten und Politikern, die im Hinblick auf Börsen und Bankgewinne Zuversicht bekundeten. Sie erklärten, der neuerliche Anstieg der Rohölpreise stelle ein Indiz dafür dar, dass die Weltwirtschaft die Talsohle erreicht habe und sich jetzt zu erholen beginne, was zu einem Anstieg des Ölpreises geführt habe.

Stimmt es wirklich, dass eine Wirtschaftserholung eingesetzt hat? Wenn dem nicht so ist und es sich bloß um Propagandablasen handelt, um das Vertrauen in das Weltfinanzsystem wiederherzustellen, wie ist es dann zu diesen positiven Anzeichen beim Aktien- und Warenhandel auf den Börsen gekommen und zu einem Anstieg des Erdölpreises?

Antwort:

Es ist falsch bei der Beurteilung einer wirtschaftlichen Erholung lediglich auf die Finanzindikatoren zu achten, indem man den Anstieg der Finanzindexe oder Warenpreise beobachtet. Vielmehr müssen das Produktionsvolumen der Unternehmen, das gesamte Bruttosozialprodukt, die Anzahl der Arbeitslosen, die Kaufkraft, die Summe der Ausgaben der Konsumenten und Unternehmen, die Anzahl der Hypotheken auf Häuser, die Anzahl der Insolvenzanträge (die altehrbare Unternehmen wie General Motors betreffen) sowie andere Wirtschaftsindikatoren dabei untersucht werden. Bei Berücksichtigung all dieser Faktoren wird klar, dass es in allen Teilen der Welt kein einziges positives Anzeichen gibt, das auf eine Wirtschaftserholung hinweisen würde.

Im Folgenden wollen wir einige Punkte darlegen, die auf ein Anhalten der Krise hindeuten:

1. Die Wirtschaftslage in den USA:

Die Arbeitslosenrate in den USA hat 8,9% erreicht und ist die höchste seit 26 Jahren. Das Bruttosozialprodukt ist im ersten Quartal dieses Jahres um 6,1% geschrumpft. Damit das Verkaufsvolumen dem Warenangebot entspricht, haben die Firmen das angebotene Warenkontingent auf das niedrigste Niveau seit dem 2. Weltkrieg reduziert. So wurde das Warenangebot im ersten Quartal 2009 um 103,7 Milliarden Dollar verringert, nachdem es bereits im vierten Quartal 2008 um 25,8 Milliarden Dollar verringert wurde. Auch das Jahresinvestitionsvolumen wurde um 38% reduziert. Ebenso verringerte sich

das Exportvolumen der Waren und Dienstleistungen um 30% im ersten Quartal des Jahres 2009, nachdem es im vierten Quartal 2008 bereits um 23,6% zurückging. Andererseits stieg die Anzahl der Hypothekarpfändungen wegen Zahlungsunfähigkeit im März 2009 auf 341.180 Fälle an. Dies stellt eine Zunahme um 17% gegenüber Februar 2009 und um 46% gegenüber März 2008 dar. All dem ist noch hinzuzufügen, dass die amerikanische Regierung den insolventen Banken und Kreditfirmen Milliarden von Dollar zur Verfügung stellte. Wenn dies der Zustand der Vereinigten Staaten ist, so leiden die anderen Länder zweifellos in gleicher Weise.

2. Die Wirtschaftslage in Deutschland:

Die Arbeitslosenrate in Deutschland erreichte mit 8,2% ihren höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Stünden keine Wahlen bevor und würde die Regierung die Arbeitslosenrate nicht unwahr darstellen, wäre die Zahl noch höher. So erklärte das Bundesbüro für Arbeit am 28. 5. 2009, dass die Verlustrate bei Arbeitsplätzen im Steigen sei und man die tatsächlichen Zahlen der Arbeitslosenzuwächse verändert habe. Hinzu kommen noch die Arbeitszeitverkürzungen, um dem Arbeitslosenanstieg entgegenzuwirken. So bemerkte der Chefökonom im Anlagensektor, Andreas Rees, dass die Arbeitslosenzahlen manipuliert wurden, um sie besser erscheinen zu lassen und den Eindruck zu vermitteln, sie hätten sich im Juni wieder erholt. Er stellte fest: *„Zweifellos werden viele Arbeitnehmer bald ihre Arbeitsplätze verlieren. [...] Der Arbeitsmarktsektor ist nach wie vor die Schwachstelle bei der Erholung der deutschen Wirtschaft.“*

Zudem drückten die Verantwortlichen der deutschen Schwer- und Werkzeugindustrie ihre Sorge aus, dass die deutsche Industrie global gesehen noch schwach sei und den globalen Erfordernissen nicht entspreche.

Auch erfuhr der deutsche Maschinenbau-Sektor im April einen Rückgang um 58% im Vergleich zum Vorjahr, was den größten Einbruch in seiner Geschichte darstellt. So erklärte der Verein der deutschen Schwerindustrie, dass die weltweite Nachfrage um 60% und die inländische um 52% zurückgegangen sei. Zudem erwartet die deutsche Regierung, die ja die größte Wirtschaft Europas anführt, dass ihre diesjährige Auftragslage lediglich bei 6% liegen werde, was den geringsten Wert überhaupt verkörpert. Manche Wirtschaftsbeobachter sind in ihren Prognosen sogar noch pessimistischer als die Regierung.

3. Die allgemeine Wirtschaftslage in Europa:

Im Mai 2009 brach der Einzelhandel in Europa wegen des Anstiegs der Arbeitslosenzahlen in beschleunigtem Maße ein. Mit anderen Worten haben die Konsumenten ihre Ausgaben stark zurückgedreht. So erklärten die Leiter der Bloomberg Firmengruppe, dass die Konsumenten nach wie vor schlechte Nachrichten vom Arbeitsmarkt – was das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen anlangt - vernehmen. Nick

Kounis, europäischer Chefökonom bei der Fortis Bank Netherlands in Amsterdam, meinte etwa: *„Die Arbeitslosenrate in Europa ist im März auf 8,9% gestiegen. Es ist dies die höchste Rate seit drei Jahren. Nach Angaben der Europäischen Kommission wird sie bis zum nächsten Jahr auf 9,9% ansteigen und auf 11,5% im Jahr 2010. Die Wirtschaft der Euro-Zone wird gemäß Auskunft der Kommission im heurigen Jahr um 4% schrumpfen. Dies ist auf den Exportrückgang und den Abbau von Arbeitsplätzen in den Firmen zurückzuführen.“*

4. Die Wirtschaftslage in Japan

Im April 2009 hat die Arbeitslosenrate in Japan 5% erreicht. Dies ist die höchste Arbeitslosenrate seit fünf Jahren. Im Monatsbericht des Ministeriums für Inneres und Kommunikation wird erwähnt, dass derzeit 3,46 Millionen Menschen ohne Arbeit seien, was einen Anstieg um 25,8% gegenüber dem April des Vorjahres bedeutet. Für jeweils 100 Arbeitssuchende seien lediglich 46 Jobs verfügbar, was den schlechtesten Wert seit 1999 darstelle.

Zudem gab die Regierung einen Indikator für die Preise der Hauptkonsumgüter bekannt. Dieser ergab einen Rückgang um 0,1% seit April des Vorjahres. Der Preisindex für Konsumgüter – mit Ausnahme der Frischwaren – sackte im April ab, was den ersten Abfall in eineinhalb Jahren bedeutet. Im Zuge der weltweiten wirtschaftlichen Rezession weist der Indikator auch auf einen Rückgang der Nachfrage hin.

Ebenso gingen im April die Familienausgaben im Vergleich zum April des Vorjahres um 1,3% zurück. Das Volumen der Familienausgaben stellt einen Hauptindikator für den privaten Konsum dar und macht mehr als die Hälfte des japanischen Bruttoinlandsprodukts aus. Dabei ging das gesamte japanische Bruttoinlandsprodukt um 10% zurück. Der Rückgang war von Dezember bis März derart dramatisch, dass er den größten Einbruch in der japanischen Wirtschaft seit 1947 verkörpert. So meinte Glenn Maguire, Chefökonom bei der Société Générale Asia Pacific: *„Allgemein gesprochen werden 10% Wirtschaftsrückgang als Rezession erachtet. Japan hätte fast diesen Wert erreicht, nachdem die japanische Wirtschaft dieses Jahr um 9,7% geschrumpft ist. Dies belegt, dass die Wirtschaftskrise die japanische Wirtschaft - die ja zu den aufstrebenden Wirtschaften zählt – in massiver Weise getroffen hat.“*

5. Die globale Wirtschaftslage:

Vielleicht stellt der Gesundheitszustand der heutigen Weltwirtschaft den deutlichsten Indikator für die Frage dar, ob sich eine Erholung der Weltwirtschaft eingestellt hat oder nicht. Gemäß einem Bericht der New York Times durchliefen die Wirtschaften der Entwicklungsländer ihr schlimmstes Quartal seit Jahrzehnten. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erklärte am 25. 5. 2009, es gebe Indizien dafür, dass das Schlimmste noch bevorstehe. Die Summe der Bruttoinlandsprodukte von 30 Mitgliedsstaaten der Organisation sei im ersten Quartal

dieses Jahres im Vergleich zum vorherigen Quartal um 2,1% zurückgegangen. Sollte sich die Rate bei diesem Wert einpendeln, wäre es der stärkste Rückgang seit 1960, seitdem diese Daten von der Organisation gesammelt werden. Und im letzten Quartal des Jahrs 2008 ist das Bruttonationalprodukt aller Mitgliedstaaten um 2% zurückgegangen.

Die Wirtschaften der Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verkörpern nach Angaben der Weltbank 71% des Bruttoweltprodukts. Im ersten Quartal des vergangenen Jahres schrumpften diese Wirtschaften um 4,2%. Der diesbezügliche Anteil der USA betrug 0,9%, der Anteil Japans 1%, der Anteil der 13 größten Wirtschaften der Euro-Zone 1,3% und der Anteil der restlichen Staaten lag bei 1%. Hingegen konnte China, das zu den wenigen Staaten ohne Mitgliedschaft in dieser Organisation zählt, im ersten Quartal weiterhin ein Wirtschaftswachstum verzeichnen.

All das belegt, dass die Weltwirtschaft real betrachtet keine Erholung von der Krise erfahren hat, sondern weiterhin unter dieser leidet.

Der Grund, warum auf den Aktienmärkten und ebenso bei den Preisen für Waren und Dienstleistungen ein Anstieg zu beobachten war, ist auf folgende drei Umstände zurückzuführen:

Erstens: Die von der amerikanischen Regierung der Versicherungsgesellschaft **AIG** gewährte Finanzspritze von 173 Milliarden Dollar aus dem Geld der Steuerzahler. Davon zahlte das Unternehmen 90 Milliarden Dollar an die amerikanischen und europäischen Banken zur Tilgung seiner Schulden. Am 15. 3. 2009 wurde klar, dass **AIG** die Gelder an zahlreiche Banken und Finanzunternehmen verteilt hat. So erhielt das Bankunternehmen **Goldmann** die Summe von 12,8 Milliarden Dollar, **Merrill Lynch** erhielt 6,8 Milliarden, **Bank of America** 5,2 Milliarden, **Citigroup** 2,3 Milliarden, **Wachovia** 1,5 Milliarden, **Barclays** 8,5 Milliarden und die Schweizer **UBS** 5 Milliarden Dollar.

Zur Wichtigkeit der Rettung von **AIG** meinte der Chef der amerikanischen Federal Reserve Bank, **Ben S. Bernanke**: *„Dieses Unternehmen, **AIG**, hat verschiedenste verantwortungslose und unglaubliche Spekulationen durchgeführt. Als das Scheitern dieser Spekulationen deutlich wurde, ging das Unternehmen unter und es kam infolgedessen zum Zusammenbruch des Finanzmarktsystems.“* Damit die Regierung diese Banken aber nicht direkt unterstützen muss, was zu einem Volkszorn führen würde, hat sie diese Gelder der **AIG** zur Verfügung gestellt, die sie ihrerseits an die Banken weiterleitete. In der Folge haben dann viele dieser Banken Gewinnverzeichnungen bekanntgegeben, so z. B. **Bank of America**, die Gewinne in Höhe von 4,2 Milliarden Dollar bekanntgab. **Citigroup** gab einen Gewinn von 1,6 Milliarden Dollar und **Goldmann Sachs** einen Gewinn von 1,8 Milliarden Dollar bekannt. In Europa

gab **Barclays Bank** einen Gewinn in der Höhe von 5,28 Milliarden britischer Pfund bekannt. Diese Gewinnbekanntgabe führte zu einem Anstieg der Aktienwerte dieser Banken.

In Wahrheit aber war die Ursache für das Ansteigen der Aktienwerte keine gewinnbringende Wirtschaftsaktivität, sondern die Geldspritzen seitens der amerikanischen Regierung, deren Wirkung schnell verfliegen wird.

Zweitens: Anfang dieses Jahres gab die amerikanische Regierung ihr Programm zur Unterstützung der amerikanischen Banken bekannt. Das Programm hat das Ziel, bei den Investoren eine Atmosphäre des Vertrauens in die Banken zu erzeugen, um den Eindruck zu vermitteln, dass die Banken in gutem Zustand seien und in keiner großen Krise steckten. Das Programm wurde von Finanzminister Timothy Geitner aufgestellt und sollte die Impression erwecken, dass die meisten faulen Wertpapiere von den Bilanzen der Banken gestrichen werden können. Und am 6. 5. 2009 erklärte die Regierung, dass manche Banken, wie **JP Morgan** und **Goldmann**, keiner Unterstützung der Regierung bedürften, während andere Banken, wie **Bank of America** und **Morgan Stanley**, etwas Unterstützung benötigten. Im Endeffekt würden die zehn größten amerikanischen Banken lediglich 75 Milliarden Dollar benötigen, was sehr leicht zu bewerkstelligen sei und die Regierung dafür keine zusätzlichen Gelder vom Kongress beantragen müsse!

Diese Atmosphäre und Erklärungen führten zu einem Anstieg der amerikanischen Bankaktien. So stiegen der Wert der **Wells-Fargo**-Aktie um 8,5%, der **Morgan-Stanley**-Aktie um 0,9%, der **Bank-of-America**-Aktie um 4% und der Wert der **Citigroup**-Aktie um 7% an. Es ist offensichtlich, dass es sich dabei eher um eine ideelle, propagandistische Unterstützung handelt, ähnlich wie es die Spekulanten tun, wenn sie spezielle Informationen über die positive wirtschaftliche Entwicklung eines Unternehmens oder dessen erwartete positive Wirtschaftsentwicklung austreuen, was zu einer Vertrauenszunahme bei den Anlegern und zum Anstieg der Aktienpreise führt. Nachdem aber der Spekulationszweck erfüllt ist, tritt ein neuerlicher Preisverfall oder sogar ein Aktienzusammenbruch ein, wie es ursächlich bei der jetzigen Wirtschaftskrise geschehen ist. Abgesehen also von der Freudenstimmung, die die Investoren erfasst hat, stellen zahlreiche Beobachter fest, dass die Prüfungen auf katastrophale Resultate hindeuten. So äußerte sich Mick Holland mit den Worten: *„Die Stresstests für die Finanzmärkte sind reine Zeitverschwendung.“* Und Yara Harris, Devisenhändler bei **Praxis Trading**, meinte: *„Im schlimmsten Fall liegt hier eine Täuschung und eine Fehlentscheidung vor. Die Erwähnung der Arbeitslosenrate oder die Behauptung, dass **Citigroup** stärker als **JP Morgan** sei, ist für mich einfach lächerlich. Deswegen werde ich froh sein, wenn diese Maßnahmen vorbei sind. Ich werde mit den anderen übereinstimmen, die sagen, dass die Bankenstruktur in den letzten paar Jahren*

schlechter geworden ist. Dies erklärt auch das Chaos, in das sie jetzt hineingeschlittert sind.“ Am 4. 5. 2009 veröffentlichte die Weltfinanzaufsicht eine Schätzung, dass die Verluste der amerikanischen Finanzinstitute bei der derzeitigen Weltkreditkrise 2,7 Billionen (d. h. 2700 Milliarden) Dollar betragen. Demzufolge liegen sie doppelt so hoch als die vor 6 Monaten veröffentlichten Schätzungen.

Drittens: Anfang dieses Jahres gaben die amerikanische Federal Reserve Bank und die Bank of Britain Pläne bekannt, dass sie mit dem Aufkaufen fauler Bankaktiva, fauler Unternehmensschuldscheine und anderer uneinbringlicher Wertpapiere beginnen würden. Natürlich führt eine Erhöhung des Geldzuflusses unweigerlich zur Inflation und zum Anstieg der Preise für Waren und Dienstleistungen. Denn eine Erhöhung der im Umlauf befindlichen Geldmenge führt zu einer Verminderung der Kaufkraft und in der Folge zu Inflation und Preisanstieg. Bereits im Vorfeld hat die Bank of Britain ihre Sorge über einen Anstieg der Inflationsrate geäußert. Dies hätte nämlich negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Seit 1930 hat sie den niedrigsten Wert erreicht. In der Erklärung der Bank of Britain heißt es: *„Es gibt positive Anzeichen, da sich die Abwärtsspirale zu verlangsamen beginnt.“* Gleichzeitig aber warnte die Bank, dass die Verlangsamung wegen des Inflationsanstiegs zurückgehe. So habe die Inflationsrate 2,9% erreicht, was höher sei als die prognostizierten 2%.

Dies erklärt auch den Anstieg des Ölpreises von 36 auf 58 Dollar, was nicht unbedingt auf ein Ansteigen der Nachfrage hindeutet. So ist der Energieverbrauch im Jahr 2009 zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg zurückgegangen. Dies macht klar, dass die Weltwirtschaft noch sehr weit von einer Erholung entfernt ist.

Es muss erwähnt werden, dass die Ölpreise meistens ansteigen, wenn der Dollarwert niedrig ist. Deswegen ist der Ölpreisanstieg nicht unbedingt ein Indikator für den Anstieg der Nachfrage nach Erdöl, denn die USA halten das Monopol über den Rohölpreis, um einen Absturz des Dollarwertes zu verhindern.

Demzufolge ist das Gerede von einer Erholung der westlichen Wirtschaft verfrüht. Die von den westlichen Regierungen verfolgte Politik der Zinssenkung und des Ankaufs fauler Wertpapiere stellt nichts weiter als eine Verzögerung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs dar. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Geld- bzw. Liquiditätsüberflutung der Märkte zu Inflation und zum Zusammenbruch des Warenmarkts führen wird. Es werden Geldblasen entstehen und ein größeres Disaster wird sich einstellen, als die Welt heute sieht.

6. Jumada Ath-Thani 1430 n. H.

30. 5. 2009 n. Chr.